

# **Verband des höheren Verwaltungsdienstes in Schleswig-Holstein e.V.**

**Mitglied im Deutschen Beamtenbund**

## **Bericht des Vorstandes über die Arbeit im Jahr 2016**

### **1. Mitgliederentwicklung**

Die Mitgliederentwicklung ist in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Im Jahr 2016 hatten wir 2 Austritte und einen Todesfall zu verzeichnen. Gleichzeitig haben wir erfreulicherweise 3 Neueintritte mit Beginn dieses Jahres zu verzeichnen. Angesichts der Altersstruktur müssen wir weiterhin Mitgliederwerbung betreiben. Naturgemäß sind hier die Mitglieder der JuWi-AG eine wichtige Zielgruppe. Zum Zweck der Mitgliederwerbung haben wir auch unseren Flyer aktualisiert.

### **2. Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes im zurückliegenden Jahr**

2.1 Die letzte Mitgliederversammlung fand am 27. April 2016 statt. Seitdem haben wir 4 Vorstandssitzungen abgehalten. Wie üblich konzentrierte sich ein Teil der Vorstandsarbeit auf die internen Angelegenheiten. So haben wir inzwischen ein eingespieltes Mahnwesen praktiziert, welches den zeitnahen Eingang der Mitgliedsbeiträge sichert. In diesem Zusammenhang möchten wir auch den älteren Mitgliedern danken, dass sie uns die Treue halten. Damit zeigen sie nicht nur die Solidarität mit den jüngeren Kolleginnen und Kollegen, sondern auch, dass die Vertretung der Interessen des höheren Dienstes weiterhin notwendig ist. Im übrigen versteht sich der Verband auch als Sachwalter der Interessen der Pensionäre.

Weiterhin haben wir uns mit der Aktualisierung unserer Homepage befasst. Hier waren Klärungen mit unserem Betreiber schwierig. Wir werden voraussichtlich in den nächsten Wochen alle Probleme gelöst haben und wieder aktuell sein.

Unsere langjährige Assistenz unseres Verbandes, Frau Landschoof, ist in Rente gegangen. Wir hoffen eine Nachfolgeregelung demnächst treffen zu können.

2.2 Im Bereich der Veranstaltungen und Vorträge haben wir im vergangenen Jahr den Leiter des Verfassungsschutzes mit einem aktuellen und interessanten Vortrag zu Gast gehabt, der auch auf reges Interesse der teilnehmenden Mitglieder gestoßen ist.

Im Herbst hatten wir unsere Jahresveranstaltung mit dem für Flüchtlingsfragen zuständigen Stadtrat der LH Kiel, Herrn Gerwin Stöcken. Sie war mit über 20 Teilnehmern gut besucht und fand in der Forstbaumschule einen angenehmen geselligen Ausklang. - Die heutige Veranstaltung reiht sich gut in das Bemühen des Verbandes ein, aktuelle Themen zu behandeln. Anregungen für unsere Jahresveranstaltung im Herbst werden gern entgegengenommen.

IBAN: DE28 2105 0170 0091 0213 52

SWIFT-BIC: NOLADE21KIE

- 2.3 Im vergangenen Frühjahr haben wir im Landtag an der Anhörung zum Landesbeamtenmodernisierungsgesetz teilgenommen. Ich habe dort die Sichtweise des Verbandes vorgetragen, die er vorher bereits schriftlich geäußert hatte. Unsere Forderung, bei der Bündelung von Dienstposten im Rahmen der Dienstpostenbewertung die Regelung des Bundes zu übernehmen, ist leider nicht übernommen worden. Wir werden mit der zweitbesten Lösung leben müssen und deren Umsetzung in den obersten Landesbehörden kritisch begleiten.
- 2.4 Das Thema Dienstpostenbewertung wird nach der Regierungsbildung wieder auf der Tagesordnung der Landesregierung stehen. Wir befinden uns hier in einem regen Gedankenaustausch mit der Staatskanzlei und werden mit großem Nachdruck für eine möglichst flexible Regelung streiten. Hier gilt es nicht nur die Karrierechancen unserer jüngeren Kolleginnen und Kollegen zu wahren. Vielmehr geht es darum, im Bereich der obersten Landesbehörden dem Tatbestand Rechnung zu tragen, dass auf vielen Dienstposten ständig unterschiedliche Anforderungen gestellt werden und in Zukunft die vielseitige Einsetzbarkeit der Kolleginnen und Kollegen (z.Bsp. bei Projektarbeit) gewährleistet sein muss. Letztlich geht es auch darum, die Attraktivität bei der Gewinnung von hochqualifiziertem Nachwuchs zu erhalten. Wir hoffen hier, dass der begrüßenswert konstruktive Dialog mit der Staatskanzlei entsprechende Ergebnisse zeitigt.
- 2.5 Der Vorstand hat das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Führungspositionen“ aufgegriffen, auch vor dem Hintergrund, dass die politischen Absichtserklärungen weiterreichen als die tatsächliche Praxis. Wir haben die Problematik deswegen in einem Schreiben an die Staatskanzlei aufgegriffen, worauf wir eine Antwort vom CdS erhalten haben. Aus der Sicht des Verbandes ist dieses sowohl für die freie Wirtschaft als auch für den Landesdienst ein Zukunftsthema. Das Land muss im Interesse seiner Attraktivität sich flexiblen Formen der Führung und Organisation der Arbeit öffnen, auch weil sich die gesellschaftlichen Vorstellungen gewandelt haben. Insofern ist dies nicht nur ein frauenpolitisches Gleichstellungsthema, sondern gleichermaßen auch für die männlichen Kollegen von Interesse. Der Vorstand hat hierzu erst jüngst ein Gespräch mit der Staatskanzlei geführt. Sie will das Thema u.a. durch Befragungen weiter behandeln. Wir setzen hier den Austausch fort. Die Staatskanzlei hat zugesagt, uns weiter zu beteiligen.
- 2.6 Ein wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt war die Praxis der Mobilitätsrichtlinien in der Landesregierung. Hier wird eine stärkere Begleitung der jungen Kolleginnen und Kollegen durch die Personalreferenten für notwendig erachtet; nicht umsetzbare Mobilitätsanforderungen dürfen nicht zulasten der Betroffenen gehen. Die Mobilität als sehr wichtiges Personalentwicklungsinstrument bedarf der Unterstützung durch die einzelnen Leitungsebenen. Hierzu hatte nach Gesprächen mit der Staatskanzlei in früheren Jahren nach einem Schreiben von uns im November 2015 im vergangenen Jahr ein Gespräch bei dem neuen Personalplanungsreferenten in der Staatskanzlei, Herrn Kraft, stattgefunden. Daraufhin ist das Thema auch in der Personalreferentenkonferenz behandelt worden. Wir hoffen, dass hier im praktischen Handeln Verbes-

serungen eintreten und die Staatskanzlei steuernd Problemfälle löst. Wir werden in Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen dies im Auge behalten.

- 2.7 In einem Schreiben an die Finanzministerin, Frau Heinold, haben wir das Thema „Einhaltung des Abstandsgebotes“ aufgegriffen. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahrzehnten strukturelle Verbesserungen in allen Laufbahnen unterhalb des höheren Dienstes vorgenommen wurden (Anhebung der Eingangsämter, Schaffung überlappender Ämter, Ausweitung der Zulagen). Konkretes Beispiel aus Schleswig Holstein war die Anhebung des Eingangsamtes für den mittleren Dienst in der Justiz- und Steuerverwaltung nach A7 und das bei der Polizei nach A8. Außerdem hat man für den geh. Dienst ein neues Spitzenamt oberhalb von A13, nämlich „A13 mit Zulage“, bei der Verwaltung und der Polizei geschaffen. Unser Schriftverkehr ist wegen der allgemeinen Bedeutung in der Jahresschrift des Bundesverbandes wiedergegeben und damit allen Mitgliedern zur Kenntnis gegeben worden. Wie zu erwarten hat Frau Heinold die derzeitige Situation verteidigt. Gleichwohl hat sie Veränderungen in der Zukunft nicht ausgeschlossen. Der höhere Dienst und seine Verbände sollten die aufgezeigte Problematik auch im Interesse der Leistungsfähigkeit im Auge behalten.
- 2.8 Im Bereich der Besoldung und Versorgung hat die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses noch den Landtag passiert. Dass wir keine Diskussion über Abweichungen geführt haben, dürfte mit der Landtagswahl zusammenhängen. Grundsätzlich zu begrüßen ist die Bildung eines Versorgungsfonds und, dass die Zusage eingehalten wurde, künftig den Versorgungsabschlag von 0,2% nicht mehr zu erheben. Gleichwohl ist zu bemerken, dass der Fond und seine Zuführungen nicht annähernd den Versorgungsaufwand abdecken kann. Der aktuelle Besoldungsvergleich weist erneut auf große Unterschiede hin.- Schleswig-Holstein nimmt den 11. bzw 12. Rang ein. Die Besoldung von Bund und Ländern erfahren eine immer größere Spreizung. Erste gravierende Nebenwirkungen sind erkennbar (Abwanderungstendenzen, Abwerbungen von Personal unter den Dienstherrn). Deswegen stellt sich die Frage, ob nicht die Wiedereinführung einer einheitlichen Besoldung auf die Tagesordnung gehört. Der Bundesverband will dies auf seiner nächsten Sitzung behandeln.
- 2.9 Nicht allen Mitgliedern ist bewußt, dass wir über den dbb auch Rechtsschutz in allen dienstrechtlichen Problemstellungen gewähren. Das haben wir jetzt auch in unseren neuen Flyer aufgenommen. Im vergangenen Jahr ist von dieser Möglichkeit auch von Mitgliedern Gebrauch gemacht worden.

### **3. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen**

- 3.1 Im vergangenen Jahr haben wir ebenfalls an den Beratungen des Bundesverbandes der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes teilgenommen. Schwerpunktthemen waren wie immer die Besoldungsentwicklung, Personal- und Aufgabenabbau und der Austausch über die verschiedenen berufspolitischen Entwicklungen in den einzelnen Ländern. Der vom Berliner Landesverband regelmäßig aktualisierte Besoldungsvergleich ist im Internet einsehbar . Unser Verband hat für die Beratungen auf Bundesebene eine Auswertung gemacht, wieviel Stellen in den einzelnen Ländern zur allgemeinen Verwaltung

gehören. Dies hat den Hintergrund, dass Einsparvorgaben hauptsächlich diesen Bereich betreffen und personalintensive Bereiche wie Steuer, Polizei, Justiz oder Lehrer regelmäßig verschont bleiben.

Im vergangenen Herbst hat der Vorsitzende zusammen mit unserer langjährigen ehem. Vorsitzenden, Frau Berger, ein Informationsgespräch mit unserem Mecklenburger Nachbarverband geführt. Wir haben den Kolleginnen und Kollegen einige Anregungen für die Verbandsarbeit und die Mitgliedergewinnung geben können.

- 3.2 Die Zusammenarbeit mit dem dbb gestaltet sich reibungslos. Der Vorstand tagt auch immer in der Geschäftsstelle des dbb. Im Übrigen nehmen wir so weit wie möglich an Sitzungen des dbb teil. Der neue Landesvorsitzende, Herr Tellkamp, hat angeboten, in unsere Vorstandssitzung zu kommen. Wir werden dies Angebot für einen Meinungs- und Informationsaustausch annehmen.
- 3.3 Traditionsgemäß ist der Verband selbst und auch viele seiner Mitglieder mit der Lorenz-von-Stein-Gesellschaft und dem Institut verbunden. Die Gesellschaft und das Institut behandeln wichtige verwaltungswissenschaftliche Themen. Personell ist die Verflechtung unseres Verbandes mit der Gesellschaft dadurch fortgesetzt worden, dass der Vorsitzende kooptiertes Vorstandsmitglied der Gesellschaft geworden ist.
- 3.4 Wir haben nach wie vor ein hohes Interesse an einer Zusammenarbeit und einem Informationsaustausch mit der JuWi AG. Deswegen bieten wir ihr auch an, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. Der aktuelle Vorstand der AG hat dieses Interesse auch ausdrücklich bekundet. Der Vorsitzende hat den Verband in der letzten Mitgliederversammlung erneut vorgestellt. Seist beabsichtigt noch in diesem Jahr ein Informationsgespräch anzubieten. Hier soll Gelegenheit sein, evtl. Probleme, Wünsche, Anregungen insbes. der jüngeren Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen und ggf. in die Verbandsarbeit einfließen zu lassen.